Zerschlagt den 'K'BW ! Seite 6

1 H 20 150 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 1 vom 5. Januar 1974 8. Jahrgang 50 Pfennig

Bonner Neujahrsgrüsse an die Werktätigen:

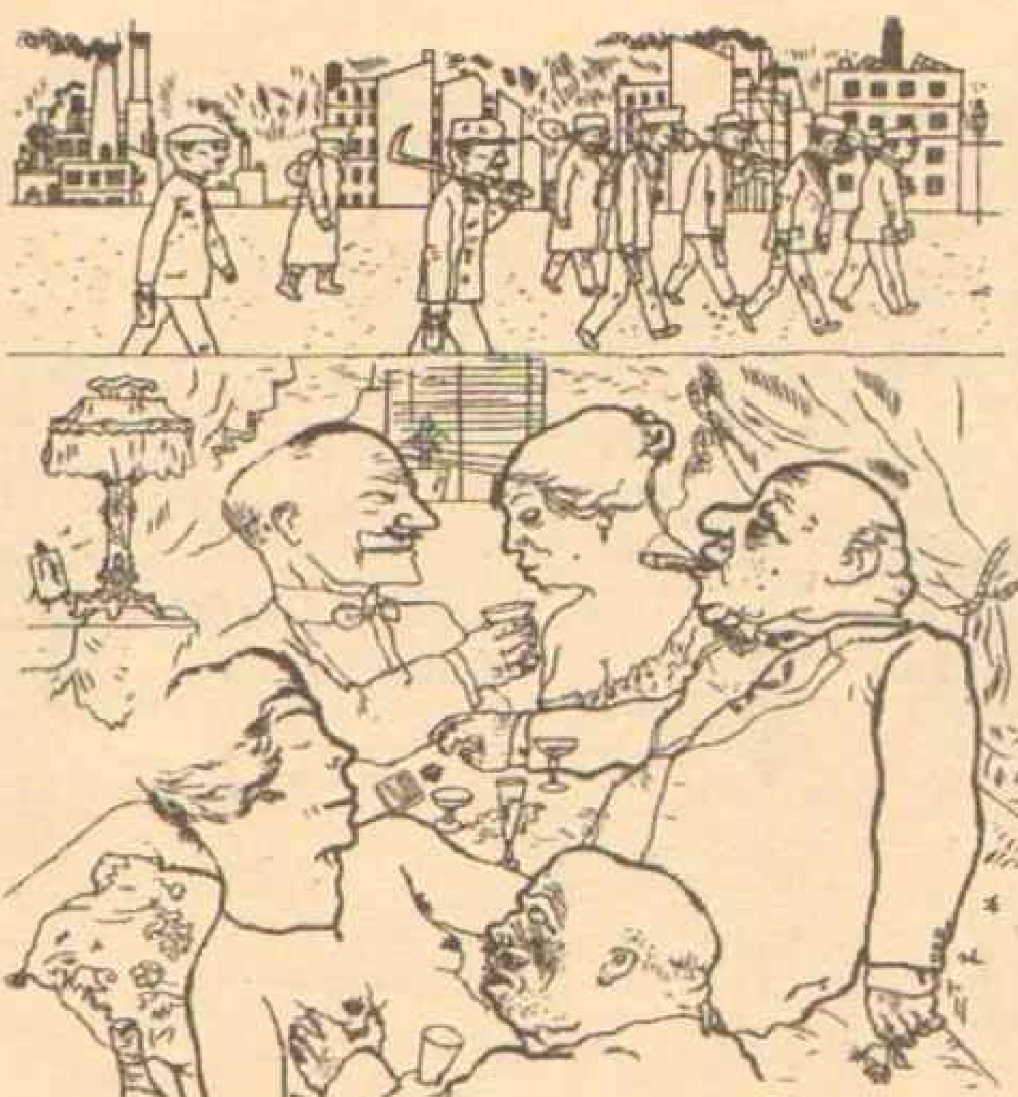
Lohnraub und Arbeitslosigkeit

Die Bonner Lügen kommen der Wirklichkeit inzwischen näher. Während monatelang versucht wurde, uns über das Ausmaß der jetzt erst in ihrer Anfangsphase steckenden Krise zu täuschen, lassen die Herren sich, wenn es um Arbeitslosigkeit geht, mittlerweile nicht mehr lumpen. Bonn kalkuliert mit Arbeitslosenzahlen zwischen 750 000 und über einer Million. Gleichzeitig wurden Teuerungszahlen von über 8% angekündigt. Diesen Zahlen ist, um das eindeutig festzustellen, nicht zu trauen. Aber sie geben doch die Marschrichtung an: Steigende Arbeitslosenzahlen bei gallopierender Teuerung.

In der Autoindustrie, von der in der Bundesrepublik ungefähr jeder siebente Arbeitsplatz direkt oder indirekt abhängt, wird für Dezember ein Rückgang der Inlandsnachfrage gegenüber dem Vorjahr von 55 - 60% geschätzt. Bei Nutzfahrzeugen muß man den Rückgang sogar noch um 10% höher ansetzen. Über 300 000 Autos - mehr als eine Monatsproduktion - liegen bereits auf der Halde. Kurzarbeit bei Opel und Ford, Zwangsurlaub bis zum 6. Januar bei Audi-NSU. VW hat für 15 000 der im Transporterbau in Hannover beschäftigten 26 000 Kollegen für die Zeit vom 28.1. bis 8.2. Kurzarbeit angemeldet.

Allein in der Textilindustrie machten 1973 über 200 Firmen Pleite. Hier verloren bereits an die 50 000 Kollegen ihren Arbeitsplatz, während bis Ende November über 100 000 Kollegen kurzarbeiten mußten. Für die Bauindustrie,in der bereits rund 100 000 Arbeitsplätze zum Teufel sind, werden bis zum Frühjahr weitere 200 000 Arbeitslose erwartet. Bis zu 200 000 Arbeitslosen drohen auch die Chemiekapitalisten an.

In dieser Situation demonstriert die Brandt-Regierung eindeutig, was von jenen Großmäulern zu halten ist, die immer wieder behaupten, die marxistische Krisentheorie gehöre in die Mottenkiste. mit 'konjunkturpolitischen Mitteln' könne auch im Kapitalismus eine krisenfreie Entwicklung gewährleistet werden. Während Wirtschaftsminister Friderichs an der ' Politik der Geldverknappung' festhalten will und dafür auch Fürsprecher aus dem Finanzkapital fand, weiß Finanzminister Schmidt sich ebenfalls in bester Gesellschaft, wenn er z.B. gemeinsam mit dem Demag-Chef Reuter für das genaue Gegenteil eintritt. So ganz nebenbei wurde in den letzten Wochen auch deutlich, wo in diesem System die wirklichen 'Chaoten und Wirrköpfe' zu finden sind: Nicht in den Reihen



jener, die für eine sozialistische Ordnung kämpfen, sondern in den Konzernspitzen und Ministerien.

Nur auf eine Frage wissen die Kapitalisten und ihre Regierung immer eine Antwort: Auf die Frage, wer die Zeche bezahlen soll. So lassen sich die Beschlüsse der Bundesregierung vom 19.12.73 in der Formel zusammenfassen: Den Kapitalisten wird kräftig zugeschustert, die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk sollen den Gürtel enger schnallen. Während für die Kapitalisten auf der einen Seite noch mehr steuerliche Erleichterungen geschaffen werden, so können sie jetzt ihre Maschienen wieder schneller abschreiben, als sie tatsächlich veralten, wird das Volk auf der anderen Seite unentwegt zum Sparen und zum Verzicht angehalten. Sage und Schreibe 8,5% machte der sogenannte 'Sachverständigenrat' als oberste Grenze für die ins Haus stehenden Tarifabschlüsse aus.

Fortsetzung auf Seite 3

Lang lebe Genosse Mao Tsetung



An den
Genossen Mao Tsetung
Vorsitzender der
Kommunistischen Partei Chinas

Lieber Genosse Mao Tsetung,

anläßlich Ihres 80. Geburtstages spricht Ihnen das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten seine herzlichen und brüderlichen Glückwünsche aus.

Sie sind der Vorsitzende der ruhmreichen Kommunistischen Partei Chinas, unter deren Führung das heroische chinesische Volk, dessen geliebter Führer Sie sind, aus dem einst versklavten, feudalen und rückständigen China das Bollwerk der Weltrevolution – die Volksrepublik China – geschaffen hat.

In der ganzen Welt werden Sie, Genosse Mao Tsetung, als Führer im Kampf gegen den modernen Revisionismus verehrt. Für uns westdeutsche Kommunisten jährt sich am 31. Dezember zum 5. Mal der Tag der Gründung unserer Partei, der KPD/Marxisten-Leninisten, die durch die revisionistischen Entartung der ruhmreichen KPD notwendig geworden war.

Der großartige Kampf, den unter Ihrer Führung die Kommunistische Partei Chinas für die Verteidigung des Marxismus-Leninismus gegen den modernen Revisionismus geführt hat und führt, stellte für die westdeutschen Marxisten-Leninisten eine große Hilfe und Unterstützung im Kampf für den Aufbau unserer marxistisch-leninistischen Partei dar. Darum sind wir westdeutschen Kommunisten in diesen Tagen Ihnen, der von Ihnen geführten Kommunistischen Partei Chinas und dem gesamten chinesischen Volk gegenüber von besonders tiefer Dankbarkeit erfüllt.

Wie die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin hat unsere Partei auch die Ideen, die Sie entwickelt haben, zur Richtschnur Ihres Handelns gemacht. So heißt es bereits in der Gründungserklärung unserer Partei vom 31.12.1968:

"Im Gegensatz zu den modernen Revisionisten hat die Kommunistische Partei Chinas unter der Führung ihres Vorsitzenden Mao Tsetung konsequent die Lehre von Marx, Engels, Lenin und Stalin schöpferisch angewandt. und gegen alle Angriffe verteidigt Genosse Mao Testung hat die historischen Erfahrungen der Diktatur des Proletariats zusammengefaßt, den Marxismus-Leninismus weiterentwicklet und ihn dadurch auf eine höhere Stufe gehoben. Die Große Proletarische Kulturrevolution unter der direkten Führung des Genossen Mao Tsetung ist die konsequente Fortsetzung des Klassenkampfes unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats gegen die bürgerlich-revisionistische Linie.

Die Lehre Mao Tsetungs stellt daher den Marxismus-Leninismus in der Epoche des endgültigen Untergangs des Imperialismus dar. Sie ist die stärkste Waffe des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker in der ganzen Welt in ihrem gerechten Kampf gegen Imperialismus und Revisionismus. Sie versetzt die Völker der ganzen Welt in die Lage, ihren Kampf zu entwickeln auszuweiten und siegreich zu führen."

Daran wird unsere Partei immer festhalten. In ihrer kurzen Geschichte hat die KPD/ML gelernt, daß im Kampf gegen den Imperialismus nur Siege errungen werden können, wenn gleichzeitig der moderne Revisionismus schonungslos bekämpft wird.

Unter Ihrer Führung wird die Kommunistische Partei Chinas, wird das chinesische Volk zweifellos noch viele glänzende Siege erringen. Dafür wünschen wir Ihnen Gesundheit und ein langes Leben

Mit kommunistischen Grüßen
Zentralkomitee der
KPD/Marxisten-Leninisten
i.A. Ernst Aust, Vorsitzender

Presseerklärung der Gesellschaft der Freunde Albaniens

Auf der 2. nationalen Mitgliederversammlung der Gesellschaft der Freunde Albaniens e.V. beschlossen die Delegierten aus allen Teilen der Bundesrepublik und Westberlins, nachdem sie den Rechenschaftsbericht des Vorstandes diskutiert, die Richtlinien für die Arbeit in der nächsten Zeit festgelegt und einen neuen Bundesvorstand gewählt hatten, die Veröffentlichung folgender Presseerklärung:

Albanien war noch vor 30 Jahren das rückständigste Land in Europa: primitive Landwirtschaft, keine Industrie; Hunger und Elend des Volkes; einige schmarotzende, auf ausländische Mächte gestützte Großgrundbesitzer; 80% Analphabeten; Sümpfe und Malaria.

Und heute? — Wachsender Wohlstand fürs Volk; blühende Landwirtschaft, aufstrebende Industrie; vollständige Elektrifizierung und selbstständige Energieversorgung des Landes; Export von Textilien, Kupferdraht, zahlreichen landwirtschaftlichen Produkten und Strom; völlige Entmachtung der alten Ausbeuter; ein großartiges Bildungssystem (z.B. Filialen der Universität an jedem größeren Betrieb); eine ausgezeichnete Gesundheitsversorgung (die Säuglingssterblichkeit liegt z.B. wesentlich niedriger als in der BRD)

Das alles ist heute in Albanien Realität und ein Grund, warum immer mehr Menschen Interesse und Sympathie für Albanien entwickeln. In dieser Situation kann Albanien nicht mehr verschwiegen werden — nun bemüht sich die bürgerliche Presse, Albanien und seine sozialistische Entwicklung lächerlich zu machen oder durch Lügen und Verleumdungen in den Augen des Volkes zu degradieren.

So schreibt der „Spiegel" in seinem Artikel „Experiment Unruhe", daß der Führer der albanischen kommunistischen Partei, Enver Hoxha, sich auf seinen „eigenen, stabilen Personenkult" stützt, daß „nur ganz oben" den KP-Fuktionären „die Arbeitsschwielen erspart bleiben", Personenkult, Protektion, Postenjägerei wie in den uns bekannten bürgerlichen Parteien und den (von den Albanern als „revisionistisch" bezeichneten) Parteien des Warschauer Pakts — nur mit der Variante, daß kleinere Bürokraten jetzt schlechteren Zeiten entgegengehen — dieser Eindruck soll einem uninformierten Leser vermittelt werden.

Tatsache aber ist, daß in Albanien alle Funktionäre, um sich aufs Innigste mit dem Volk zu verbinden, körperliche Arbeit in der Produktion verrichten. Z.B. hat der albanische Ministerpräsident Shehu zuletzt als Traktorfahrer auf einer LPG gearbeitet. Tatsache ist, daß das, was als „Personenkult um Enver Hoxha" dargestellt wird und mit dem bei uns üblichen Personenkult um Schlager- und Fußballstars gleichgestellt wird, in Wirklichkeit die tiefe Verehrung und Hochschätzung des albanischen Volkes für seinen Führer und Lehrer Enver Hoxha ist, dem es viel verdankt. Tatsache ist schließlich, daß die Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit, besonders gegen die imperialistische Politik des Kreml seit Chrustchow und Breshnew und der große Erfolg beim Aufbau des Sozialismus in Albanien nicht möglich gewesen wären, wenn sich die kommunistische Partei (PAA) nicht von allen Revisionisten gesäubert hätte und ständig säuberte.

Die schmutzigste Masche leistet sich die Illustrierte 'Qucik' mit ihrem Roman 'Das Mädchen aus China'. Hier scheut man vor keiner Lüge zurück, um den Sozialismus, die Partei der Arbeit Albaniens und Enver Hoxha in den Dreck zu ziehen: das chinesische Mädchen trifft Enver Hoxha auf einer Sex-Party in London - in der Fortsetzung erlebt sie die militärische Ausbildung der Palästinenser und der Maoisten aus kapitalistischen Ländern in Albanien (ein Thema, das in Variationen auch in anderen Veröffentlichungen einen breiten Raum einnimmt, z.B. in der Rias-Sendung: 'Polituniversität für westdeutsche Maoisten' in Albanien) An anderer Stelle werden Maoisten dann zur Genüge als Chaoten und Terroristen bezeichnet. Jedes Mittel ist recht, wenn es darum geht, den Sozialismus und den einzigen sozialistischen Staat in Europa zu verunglimpfen. Nach Meinung der Albaner sind es die gleichen Lügen, wie sie früher über die sozialistische Sowjetunion unter Stalin und wie sie heute auch über China und Mao - Tse Tung verbreitet wurden und werden. Mit Lüge und Hetze soll uns eingeredet werden, daß es in einem sozialistischen Land eben doch nicht anders ist als bei uns und daß der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus unmöglich ist.

Aber alle Lügen, Verleumdungen und Hetzkampagnen können die Wahrheit nicht verdecken: daß in Albanien wie in China das Volk an der Macht ist und beim Aufbau des Sozialismus täglich neue Siege erringt, daß das albanische Volk eine glänzende Zukunft erwartet und immer mehr Menschen und Völker auf der ganzen Welt auf Albanien blicken und Freunde des albanischen Volkes werden.

Die Gesellschaft der Freunde Albaniens hat sich zur Aufgabe gemacht, über diese Tatsachen hier bei uns zu berichten und dadurch die Freundschaft zwischen dem deutschen und dem albanischen Volk zu fördern Wie alle Entwicklungen beweisen, ist eine solche korrekte Berichterstattung der Gesellschaft, die sich dabei auf die Erfahrungen mehrerer Reisen stützen kann hier in der BRD besonders nötig. Die Gesellschaft der Freunde Albaniens protestiert damit entschieden gegen alle Versuche, durch Lügen und Verleumdungen Albanien in den Dreck zu ziehen.

Gesellschaft der Freunde Albaniens e.V.

Hört die revolutionären Sender !

ACHTUNG! Auf vielfachen Hörerwunsch sendet Radio Tirana für die deutschen Hörer in der Sendezeit von 21.30 bis 22 Uhr auch auf Mittelwelle 215 Meter = 1.395 KHz.

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
15.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	32 und 41 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1 400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entsprechen 1 456 KHz



RADIO PEKING

19.00 - 19.30	Immer: 43,7, 42.8
21.00 - 22.00	udn 26.2 Meter

SPANIEN Carrero Blanco liquidiert !

Die Liquidierung des spanischen Ministerpräsidenten Carrero Blanco hat bei allen antifaschistisch und antiimperialistisch gesonnenen Menschen in der ganzen Welt große Freude und Begeisterung ausgelöst. Wer um ihn trauerte, das waren die Imperialisten und Reaktionäre in der ganzen Welt. US-Vizepräsident Ford führte als Vertreter des US-Imperialismus die Liste der Trauergäste an, nachdem schon Kissinger den "großen Verlust" beklagt hatte. Selbstverständlich schickte auch Bundeskanzler Brandt als Vertreter des westdeutschen Imperialismus ein Beileidstelegramm an Franco.

Die Trauer der Imperialisten ist ehrlich. Denn unter der Herrschaft des faschistischen Franco-Regimes, in dem Carrero Blanco nach Franco den wichtigsten Platz einnahm, ist Spanien zur leichten Beute der imperialistischen Räuber geworden. Die wahren Herren in Spanien sind die US-Imperialisten. Aber auch die westdeutschen Imperialisten machen dort ein gutes Geschäft. Die Truppen des deutschen Imperialismus waren es ja auch gewesen, die die Franco-Faschisten durch ihre militärische Unterstützung zum Sieg über das heldenhaft kämpfende spanische Volk und an die Macht verholfen hatten.

Die Liquidierung Carrero Blancos ist ein harter Schlag gegen die Franco-Faschisten. Carrero Blanco war ausersehen, nach Francos Tod die Kontinuität der faschistischen Herrschaft zu sichern. Er sollte sicherstellen, daß mit der Thronbesteigung des in den Augen des spanischen Volkes völlig lächerlichen Schwächlings Juan Carlos nicht der Geist der Falangue, der Geist der terroristischen, faschistischen Unterdrückung des Volkes verlorengeht.

So sehr die Liquidierung dieses Volksfeindes begrüßt wird, muß klargestellt werden, daß der Kampf des spanischen Volkes in der Hauptsache nicht durch diese oder ähnliche Aktionen siegreich sein wird. Zusammengeschlossen in der revolutionären, antifaschistischen patriotischen Front (FRAP) wird die spanische Arbeiterklasse, wird das gesamte spanische Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten (PCE/ML) im revolutionären Volkskrieg die US-Imperialisten und alle anderen Imperialisten aus Spanien vertreiben, das faschistische Regime zerschlagen und an seiner Stelle die föderative Volksrepublik Spanien errichten. Und die Faschisten wissen, welche Kraft ihnen den Untergang bereiten wird: Nach der Liquidierung Carrero Blancos kreisten Militärhubschrauber über die Arbeiterviertel Madrids.

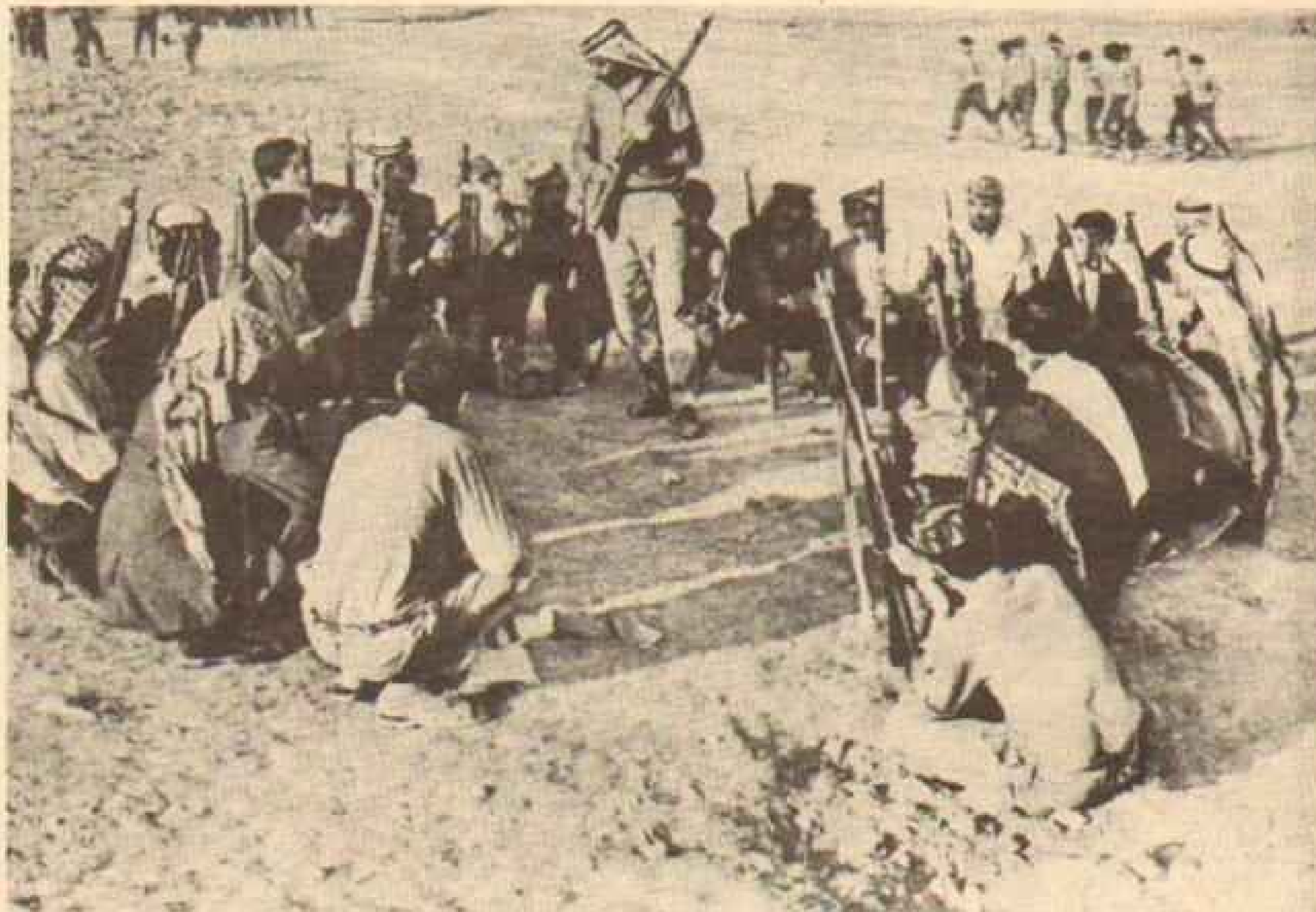
"Friedens"konferenz in Genf

Supermächte stossen auf heftigen Widerstand !

Die erste Phase der sogenannten Friedenskonferenz in Genf ist beendet. Nach dem Willen der Supermächte sollten Israel, Jordanien, Ägypten, Syrien und die PLO gemeinsam über die „Auseinanderziehung der Truppen" beraten. Dieser Plan ist gescheitert. Das einzige arabische Land, das zur Konferenz erschien, war Ägypten. Und auch der ägyptische Vertreter betonte, daß, es notfalls den Krieg gegen Israel weiterführen werde. Syrien und die PLO weigerten sich an der Konferenz teilzunehmen.

In den Tagen vor der Konferenz war der amerikanische Außenminister Kissinger in sämtliche arabische Hauptstädte gereist, um für die „Friedenskonferenz" der Supermächte zu werben. Aber es zeigte sich, daß die arabischen Völker die Versprechungen der Supermächte an ihren Taten messen.

In Ägypten wurden die USA für die Nichterfüllung des Waffenstillstandsabkommens durch Israel verantwortlich gemacht.



Palästinenische Volksmiliz bei der Übung

Im Libanon demonstrierten Tausende in Beirut gegen die US-Imperialisten, so daß Kissinger gezwungen war, auf einem Militärflugplatz weitab von der Hauptstadt zu landen.

In Syrien schließlich biß er mit seinen lügnerischen Versprechungen über einen Frieden in Genf, vollständig auf Granit. Syrien verlangte als Bedingung für seine Teilnahme an der Konferenz den Rückzug der israelischen Truppen an die Grenzen vor dem Oktoberkrieg. Aber davon wollte der angeblich so friedensbeflissene Kissinger nichts hören. Können die arabischen Völker den Versprechungen über den Nutzen neuer Verträge trauen, wenn noch nicht einmal die minimalsten Forderungen der alten Verträge eingehalten werden? Nein! Nicht besser als Kissinger erging es den SU-Imperialisten, die Syrien mit einem Brief noch kurz vor der Konferenz an den Verhandlungstisch zwingen wollten. Auch sie mußten sich anhören, daß sie ihre Versprechungen an die arabischen Völker gebrochen hatten, und erhielten eine Abfuhr.

Diese konsequente Haltung Syriens fand breite Unterstützung. Der libanesische Staatsführer Ghadafi sandte ein Glückwunsch-Telegramm. Die PLO forderte auf, den Standpunkt Syriens zu unterstützen. Der PLO-Führer Habasch erklärte auf einer Versammlung von arabischen Arbeitern und Studenten, daß die Genfer Konferenz die Kapitulation der Araber vor dem israelischen Aggressor erreichen solle. Unter dem Beifall der Versammelten rief er auf, sich unter der Führung der PLO zum langen und erbitterten Kampf gegen den zionistischen Aggressor zusammenzuschließen.

Der Verlauf der Konferenz zeigte, wie berechtigt das Mißtrauen der arabischen Völker gegen die Friedensversprechungen der Supermächte ist. Die „Auseinanderziehung der Truppen", die in der ersten Phase der Konferenz beschlossen werden sollte, wurde einer Kommission zugeschoben. Die Vertagung dieser Frage und ihre Behandlung im „engeren Kreise" hat einen guten Grund. Ägyptische Journalisten brachten in Erfahrung, wie diese Frage gelöst werden soll. Die Süddeutsche Zeitung vom 24./25.12.73 schreibt: „Sie (die USA und die SU - Red.) würden deshalb erwägen, ein Auseinanderrücken der israelischen und ägyptischen Armee durchzusetzen, ...und dann den Frieden in diesem Gebiet durch die Stationierung amerikanischer und sowjetischer Streitkräfte zu garantieren.' Das zeigt deutlich, worauf die Genfer Konferenz wie die gesamte Politik der Supermächte im Nahen Osten hinauslaufen soll:

der Zustand „weder Krieg noch Frieden" soll aufrechterhalten werden, damit die Supermächte ihren Einfluß im Nahen Osten verstärken können.

Doch diese Pläne der Supermächte werden durch den konsequenten Kampf der arabischen Völker genauso zunichte gemacht werden wie die Pläne, die sie für die Genfer Konferenz hatten.

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526. PSchKto Dortmund Nr. 417 06 - 466 (Verlag G. Schubert). Tel.: 0 231/41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,-- DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

ÖTV-Tarifbewegung:

NIEDER MIT DEM LOHNDIKTAT!

In der laufenden Tarifbewegung für die 1,4 Millionen Kollegen, die beim Bund, bei den Ländern und Gemeinden – im sogenannten "öffentlichen Dienst" – beschäftigt sind, will die Bonner Regierung das vorexerzieren, was sie mit Kapitalisten und DGB-Führung für alle Branchen abgesprochen hat: "Härte in der Lohnpolitik". Auf gut Deutsch: Runter mit den Reallöhnen!

Den von der ÖTV-Führung festgelegten Forderungen (15% und 300,- DM Urlaubsgeld und 50,- DM je Kind) stehen wesentlich höhere Forderungen der Kollegen entgegen, die außerdem in der Regel als lineare Markforderungen formuliert sind. So forderten Kollegen in Münchner Kliniken linear 230,- DM mehr für alle und 500,- DM Urlaubsgeld.

Die Lehrlinge will die ÖTV-Führung in "Lehrlinge des öffentlichen Dienstes" und "Lehrlinge in der Krankenpflege" gespalten wissen. Für die erste Gruppe hat sie als Forderung 600,- DM brutto Existenzlohn festgesetzt, während für die Lehrlinge in der Krankenpflege von ihnen 15% gefordert werden, was bereits für das 2. Lehrjahr mehr als 600,- DM brutto wären.

Es liegt auf der Hand, daß man 600,- DM brutto nicht mehr als Existenzlohn ansprechen kann, weil damit heutzutage keiner mehr existieren kann. Der "Arbeitskreis Gesundheitswesen" der ÖTV Hamburg hat darum auf Initiative von Rotgardisten die Forderung 800,- DM brutto als Existenzlohn für alle Lerhlinge im ÖTV-Bereich gegen den Willen der Bonzen beschlossen.



Müllarbeiter - Streik 1973

Landauf, landab mußten die ÖTV-Bonzen bei ihrem Versuch, auf Mitgliederversammlungen Sympathien für die 15%-Forderung zu wecken, feststellen, daß die innergewerkschaftliche Opposition in der ÖTV stark angewachsen ist. So berichtet ein Genosse aus Nürnberg von einer ÖTV-Versammlung am Nürnberger Krankenhaus, bei der es allerdings nicht um die Tarifbewegung ging: "Insgesamt war die Versammlung ein großer Erfolg. Sie hat bewiesen, daß auch die Kolleginnen und Kollegen am Krankenhaus dabei sind, ihre Einheit und Kampfkraft zu schmieden. Keiner von uns hatte anfangs erwartet, daß so viele der Versammelten den als Kommunisten bekannten Kollegen unterstützen würden. Schon seit längerer Zeit wird diesem Kollegen ein Ausschlußverfahren aus der ÖTV angedroht. Unter den Jugendbonzen werden Unterschriften gegen ihn gesammelt, die den Ausschluß rechtfertigen sollen. Seit Monaten heißt es, daß nur noch "zwei Unterschriften fehlen". Wir haben eher den Eindruck, sie haben Angst vor der Solidarität der Kolleginnen und Kollegen!"

Ihre Kampfkraft bereits unter Beweis gestellt haben die Müllarbeiter mit ihren Streiks für Teuerungszulagen im Sommer.

Diese gewachsene Kampfkraft der Kollegen im "öffentlichen Dienst" wird das vom Bonner Staat in Kumpanei mit Kluncker und Konsorten beschlossene Lohndiktat brechen.

Nieder mit dem Lohndiktat!

Brecht den Tariffrieden!

Vorwärts zur Revolutionären Gewerkschaftsopposition!



Politische Entlassungen bei Siemens-München

Vor kurzem wurde eine Kollegin vom Werk Frankfurter Ring während der Probezeit entlassen. – Warum? – Ist die wirtschaftliche Lage bei Siemens so schlecht, daß schon Leute ausgestellt werden? – Nein! – Das wurde zwar als Erklärung für den Rausschmiß angegeben, aber auf das Märchen fiel keiner aus ihrer Abteilung herein. Die entlassene Kollegin prüfte Postdioden. Auf der letzten Betriebsversammlung hieß es noch: die Postdiodenproduktion gehört in Zukunft zu den wichtigsten Posten im Werk Frankfurter Ring. 4 Tage später sitzt die Kollegin auf der Straße.

Hat sie schlecht gearbeitet, gefaulenzt? – Nein. Selbst ihr Chef hat ihr gute Arbeitsleistung zugestanden. Hat sie vielleicht geklaut oder sich sonst etwas in der Richtung zuschulden kommen lassen? – Keineswegs!

ENTLASSUNGSGRUND: KOMMUNISTIN

Die Kollegin ist Kommunistin, Alarmsignal für alle Kapitalisten. Wenn es nach ihnen ginge, müßten alle Arbeiter, die sich konsequent für ihre und ihrer Kollegen Interessen einsetzen, müßten vor allem alle Kommunisten sofort weg.

Das läßt sich das Haus Siemens einiges kosten: gekaufte Spitzel, Zuträger aller Art. In Frankfurt gibt es eine Siemens-Zentrale mit einer "Radikalen-Kartei". Sämtliche Neueinstellungen aller Siemens-Werke gehen dorthin und werden mit der Kartei verglichen. Woher sie die ganzen Namen haben? Außer von den hauseigenen Spitzeln von den staatlichen: Verfassungsschutz und politische Polizei.

KEIN EINZELFALL

Im September 72 wurde ebenfalls während der Probezeit ein Angestellter aus dem Werk Balanstr. entlassen. Die Angst der Siemens-Bosse war so groß, daß sie ihm dazu Hausverbot erteilten.

Im Dezember 72 wurde im Werk Frankfurter Ring ein kommunistischer Arbeiter rausgeschmissen. Er hatte auf einer Betriebsversammlung den Siemens-Bossen die Leviten gelesen.

SIEMENS-BOSSEN DIE LEVITEN GELESEN!

Zum 1.10.73 wurde einem Lehrer der Siemensschule für Datenverarbeitung gekündigt. Als er im September 73 in einem offenen Brief anprangerte, daß die Siemens-Bosse damit mal wieder einen unbequemen Kommunisten loswerden wollten, wurde er fristlos und unter Hausverbot entlassen.

Damit wollen sie ihre Macht demonstrieren, die Kollegen einschüchtern. In Wirklichkeit demonstrieren sie nur ihre Ohnmacht: sie entlassen und entlassen – trotzdem sind immer wieder neue Kommunisten da, erscheint der "Rote Lautsprecher" (Betriebszeitung der KPD/ML – RM) weiter, bringt neue Informationen aus dem Betrieb. Und dazu standen bei jeder Kündigung die Kollegen auf Seiten der Entlassenen und solidarisierten mit ihnen.

Fortsetzung von Seite 1

Als Finanzminister Schmidt vor einigen Wochen auf dem sogenannten kleinen Parteitag der SPD "Härte in der Lohnpolitik" propagierte, kam von den fast ausnahmslos versammelten DGB-Führern kein Widerwort. Kurz zuvor hatte Schmidt laut "Spiegel" mit Kapitalistenvertretern wie Krupp-Chef Mommsen konferiert und die gleiche Linie festgelegt.

Kapitalisten, imperialistischer Staat und DGB-Führung werden noch geschlossener gegen die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen auftreten. Durch Tarifbetrug und Teuerung soll der Reallohn weiter gesenkt werden. Sie kalkulieren darauf, daß die Arbeiterklasse aus Angst vor drohender Arbeitslosigkeit es nicht wagt, den Kampf gegen den Lohnraub, gegen das Abwälzen der Auswirkungen der Krise auf die Werktätigen aufzunehmen.

Aber die älteren Kollegen wissen aus Erfahrung: Wenn die Arbeiterklasse nicht kämpft, verhindert sie dadurch keine Arbeitslosigkeit, im Gegenteil. Wenn sie nicht auf den entschlossenen Widerstand der Arbeiterklasse stoßen, werden die Kapitalisten Arbeitshetze und Ausbeutung verschärfen, immer mehr Arbeitsplätze wegrationalisieren.

Im Kampf um die Verteidigung ihrer Lebensinteressen wird die Arbeiterklase nicht nur den Kapitalisten gegenüberstehen, sondern auch dem Staat der Kapitalisten, der in immer stärkerem Maße auch zur offen gewaltsamen Unterdrükkung der Arbeiterklasse (z.B. Polizeieinsätze gegen Streikende) übergehen wird. Und dieser Kampf wird nicht nur ohne, sondern gegen den DGB-Apparat geführt werden müssen.

In diesem Kampf wird es darauf ankommen, sorgfältig zwischen Freund und Feind zu unterscheiden. Überall, wo der Kampf entbrennt, werden sich gewisse Herren zunächst sehr konsequent und kämpferisch gebärden. Aber wenn der Kampf gegen Entlassungen geführt werden soll, werden sie von Arbeitsgerichten faseln oder Sozialpläne fordern, um "Härtefälle zu verhindern". Wenn es gilt, für mehr Lohn zu streiken, werden sie jammern, daß man der DGB-Führung vertrauen müsse. Diese Herren, die modernen Revisionisten von der D'K'P, haben keine andere Aufgabe, als die Kämpfe abzuwürgen, indem sie Verwirrung und den Geist der Spaltung in unsere Reihen tragen. Wir können nicht erfolgreich kämpfen, wenn wir nicht auch die Verräter in den eigenen Reihen bekämpfen.

BRECHT DEN TARIFFRIEDEN!

KAMPF JEDER ENTLASSUNG!

VORWÄRTS ZUR REVOLUTIONÄREN GEWERKSCHAFTSOPPOSITION!

GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!

VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DAS KAPITAL UND SEINE HANDLANGER!

Meister Attner muss weg!

Schikane, verschärfte Arbeitshetze und Ausbeutung, Herumknausern mit den kleinsten Dingen (Handschuhe, Schuhcreme) – davon können die Kollegen von 222 schon lange ein Lied singen, aber neuerdings auch einige ausländische Kollegen, die von 170 und 208 "ausgeliehen" wurden. Der Hauptantreiber und Schleifer dabei ist Attner. Nichts geht ihm schnell genug, macht jemand mal einen Fehler, so vermutet er sofort "Sabotage", muckt jemand mal wegen einer Kleinigkeit auf, ist er sofort ein "Meuterer", überhaupt sei er (Attner) mit "primitiven Menschen" zusammen. Produziert wird wie noch nie: bis jetzt schon über ein Drittel mehr als im vorigen Jahr, ohne daß die Belegschaft erhöht wurde.

KETTENHUND DER KAPITALISTEN

Das Kapital braucht natürlich solche Antreiber, um auch noch das letzte aus den Arbeitern herauszuholen. "Disziplin" sagen sie, aber Friedhofsruhe meinen sie. Vor einiger Zeit wurde ein Kollege, der kein Revolutionär ist, sofort versetzt, weil er die Forderung "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit" im Betrieb aufgestellt hatte. Dazu wollen uns die Kapitalisten zwingen:

ARBEITEN UND MAUL HALTEN

Aber wo Unterdrückung ist, da ist auch Widerstand. Alle Kollegen von 222 sind unheimlich sauer und viele haben sich schon überlegt, wie sie sich von diesem Antreiber befreien können. Aber bis jetzt gab es noch keine genügend geschlossene Kampffront und der Vertrauensmann hat sich auch nicht darum gekümmert. Die Bonzen vom Betriebsrat wie Hippmann und Kling rühren natürlich sowieso keinen Finger.

Auf die eigene Kraft vertrauen! Geschlossen kämpfen! Unterschriftensammlung!

Attner muß weg!

Gegen verschärfte Arbeitshetze und politische Unterdrückung im Betrieb!

(Aus: "Der Rote Kessel", Betriebszeitung der KPD/ML bei Cassella, gekürzt).

"Leih mir mal 'ne Frau"

"Leih mir mal 'ne Frau!" Das sind Worte von Chef zu Chef, die nicht gerade selten sind bei Telefunken. Und sie kennzeichnen genau die Behandlung, die wir Frauen "genießen". Wir sind Nummern, Maschinen im Betrieb, alles, nur keine Menschen. Egal, ob wir immer wieder weggerissen werden von Kollegen, mit denen wir uns gerade angefreundet haben, egal ob uns die Arbeit Spaß macht oder nicht, egal was wir dazu meinen. Wir müssen herhalten für die beschissene Betriebsorganisation, wir müssen springen für unsere Chefs und auch noch ihren Dreck putzen. Wir sind am schlechtesten bezahlt. Kein Wunder, wenn in letzter Zeit gerade langjährige, erfahrene Arbeiterinnen kündigen, sie halten es einfach nicht mehr aus: diese Behandlung, diese Arbeitshetze und Akkordschinderei und das alles für ein paar Mark.

Aber auch den jungen, oft neueingestellten Arbeiterinnen geht es nicht besser. Gleich in der ersten Woche mehrere Arbeitsplätze, nach einigen Monaten sind sie schon in ganz Telefunken herumgekommen. Monatelang keinen Akkorddurchschnitt. Am Ende des Monats 500,--, 600.--, 700,-- DM netto.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!

Weg mit den Leichtlohngruppen 0-3!

Akkord ist Mord!

Aus: "Der Rote Funke", Betriebszeitung der KPD/ML bei Telefunken/Westberlin (gekürzt).

Der Kampf an den Hochschulen wächst

Seit etwa einem halben Jahr kommt es immer häufiger zu Kämpfen zwischen Polizei und Studenten in den Universitäten. In München, Bochum, Westberlin, Kiel schlug die Knüppelgarde des Klassenfeindes Streiks der Studenten zusammen. In fast allen Universitätsstädten drohen Prozeßlawinen gegen fortschrittliche Studenten – in Kiel allein etwa 150. Die Bourgeoisie rüstet sich für einen "heißen Sommer an den Hochschulen".

Die Studenten reihen sich ein in die breite Kampffront des Volkes gegen Ausbeutung und Unterdrückung. In ihren Kämpfen beweisen sie, daß sie Verbündete der Arbeiterklasse sind gegen das Kapital.



Auch die Lage der Studenten ist heute gekennzeichnet durch zunehmende materielle Not und politische Unterdrückung. Wer überhaupt das Glück hat, einen Studienplatz zu ergattern - im letzten Semester standen für 60 000 Studienanfänger in den Numerus-Clausus-Fächern nur 18 000 Plätze zur Verfügung - der soll sich hinter Bücher vergraben, der soll nicht wagen, den Mund aufzumachen und zusehen, wie er sein teures Studium finanziert - so will es die Bourgeoisie.

Seit 2 Jahren wurden die Studienbeihilfen von höchstens 420 DM im Monat nicht erhöht, trotz der unverschämten Preissteigerungen. In Wirklichkeit bekommen die Studenten heute sogar weniger Geld als vor 2 Jahren, denn jede Lohn- oder Gehaltserhöhung der Eltern gilt als Grund, die Beihilfe zu kürzen. So betrug der durchschnittliche Zuschuß im August 1973 noch DM 324, im Oktober aber nur noch DM 292. Die meisten Studenten sind auf diese Beihilfe angewiesen, denn Arbeiter und kleine Angestellte verdienen nicht genug, um ihren Kindern ein teures Studium zu bezahlen. Die Zahl der Werkstudenten, die noch Geld dazuverdienen müssen und folglich weniger Zeit für ihre Studien haben wächst, besonders unter Studenten aus Arbeiterfamilien.

Die neuen Hochschulgesetze, die überall in den Bundesländern vor der Verabschiedung stehen, verkürzen die Studienzeiten enorm. Das wäre eigentlich nichts Schlechtes. Im Kapitalismus aber bedeutet das: Schlechtere Ausbildung, noch überfülltere Hörsäle und Bibliotheken. Statt mehr und besser ausgebildete Ärzte, Chemiker, Lehrer usw, die das Volk so dringend braucht, wird es nach dieser "Studienreform" heißen: Weniger und schlechter ausgebildete, dafür aber politisch disziplinierte Studenten.

Die freie politische Betätigung wird durch das Hochschulrahmengesetz fast vollkommen verboten. Die ASten - Gremien studentischer Selbstverwaltung - die in diesem Herbst gewählt wurden, sollen die letzten sein. In München drohte der Unirektor bereits damit, alle Flugblätter, Literaturstände und andere politische Propaganda aus der Universität mit Polizeigewalt zu entfernen. Die westdeutsche Rektorenkonferenz forderte vor wenigen Tagen das Verbot des "K"SV, der Studentenorganisation der Gruppe Rote Fahne Dortmund.

Gegen diesen Terror setzen sich die Studenten zur Wehr. Sie fordern 520 DM Studienbeihilfe und kämpfen gegen politische Knebelung. 20 000 demonstrierten im letzten Sommer in München gegen das bayerische Hochschulgesetz. 3 000 gingen in Bochum auf die Straße gegen einen Knüppeleinsatz der Polizei auf dem Universitätsgelände. Tausende kämpften in Berlin gegen das drohende "K"SV-Verbot. In Marburg, Kiel, Heidelberg, Konstanz, überall kam es zu Demonstrationen und Zusammenstößen mit reaktionären Professoren, zu Vorlesungsstreiks, zum Boykott von Prüfungen.

In allen diesen Kämpfen zeigen die Studenten, daß sie natürliche Verbündete der Arbeiterklasse sind. Das war nicht immer so. In der Weimarer Republik etwa waren gerade die Hochschulen Brutstätten der Reaktion. Tausende von Studenten meldeten sich freiwillig zu den Heeren Noskes und Zörgiebels, um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen. Heute aber entstehen überall in den Universitäten Arbeitskreise und Kampfkomitees, die den Kampf der Bevölkerung gegen Mietwucher, schlechte medizinische Versorgung, Lehrermangel unterstützen. Heute ist die Hochschule ein wichtiger Faktor im antiimperialistischen Kampf. Die Kämpfe der Arbeiterklasse werden von den Studenten breit diskutiert und unterstützt. Allein auf das Spendenkonto der Partei gingen mehrere tausend Mark ein, gesammelt an Universitäten für entlassene spanische Kollegen, für die streikenden Arbeiter bei Opel und Ford.

Gerade in dieser wachsenden studentischen Bewegung zeigt sich aber auch die Gefahr, die von den Revisionisten und Opportunisten aller Schattierungen ausgeht. Der MSB "Spartakus", die Studentenorganisation der D'K'P, vergrößerte seinen Einfluß auf die kämpfenden Studenten im letzten Jahr.

Gewiß, diese Herren entlarven sich immer mehr, je stärker und konsequenter der spontane Kampf der Studenten wird. So wurden die Revisionisten in Marburg ausgepfiffen, als sie bei einer Vollversammlung Professoren und Studenten aufforderten, den Platz zu räumen, um "Zusammenstöße" zu vermeiden. So entlarvte sich der opportunistische "K"SV als Spalterhaufen, als er den Streik an mehreren Hochschulen um höhere Förderungssätze mit der Losung sabotierte: "Studenten sind ohnehin privilegiert, ihr Kampf um mehr Geld ist reaktionär". Das ist die gleiche spalterische Politik, die die Gruppe Rote Fahne bei allen Kämpfen der Bündnispartner des Proletariats betrieb, denken wir nur an den Ärztestreik oder den Streik der Fluglotsen. Auf keinen Fall aber darf die Gefahr, die Revisionisten und Opportunisten in der Studentenbewegung darstellen, unterschätzt werden.

Das revolutionäre Bündnis von Arbeiterklasse und Studenten noch enger zu schmieden, das ist eine wichtige Aufgabe der kommunistischen Partei. Um diese Aufgabe besser erfüllen zu können, baut die Partei an den Hochschulen den KSB/ML, die studentische Sektion der ROTEN GARDE auf. In den kommenden Monaten, wenn sich die Klassenkämpfe in der DBR weiter zuspitzen, wird es sich erneut beweisen:

ARBEITER UND STUDENTEN - EINE KAMPFFRONT!

Westberlin: 3200 Krankenhausbetten weg'rationalisiert'

Die bürgerlichen Parteien reden von "inneren Reformen" und "Verbesserung der Lebensqualität". Die Wirklichkeit sieht so aus, daß es der werktätigen Bevölkerung immer schlechter geht. Genossen aus Westberlin berichten, wie das "Krankenhausfinanzierungsgesetz", das im Juli 1973 verabschiedet wurde, die Gesundheitsfürsorge für das Volk noch mehr einschränkt.

"In Berlin besteht eindeutig ein Bettenüberangebot, das dem 'Prinzip der optimalen Wirtschaftlichkeit widerspricht...' Mit dieser Begründung werden in Westberlin 3200 Krankenhausbetten gestrichen, darunter ein ganzes Kinderkrankenhaus. Das "Überangebot" sieht so aus, daß in Westberlin 17,2 Krankenhausbetten auf 1000 Einwohner kommen, in der Bundesrepublik aber nur 10,2, also in beiden Fällen zu wenig! Statt Krankenhausbetten will der Senat nun "Krankenheimbetten" einrichten, die aber die Patienten selbst bezahlen müssen, da sie von der Kasse nicht finanziert werden. Wer arm ist, muß eher sterben – kann man es deutlicher beweisen?

Aber nicht nur mit der Einschränkung der Bettenzahl zeigt der Westberliner Senat das volksfeindliche Wesen der kapitalistschen "Gesundheits"politik. Auch sonst wird gespart auf Kosten der Gesundheit der Werktätigen:

Die Liegezeit in den Krankenhäusern wird verkürzt. Schon heute beträgt sie durchschnittlich nur 19,6 Tage. Die Patienten werden noch öfter nach kurzer Zeit ins Krankenhaus zurückkommen, weil sie noch gar nicht gesund waren, als man sie hinauswarf.

Die Krankenhausbeiträge werden weiter steigen. Heute beträgt der Pflegesatz der Kassen 96,7o DM ein Bett im Krankenhaus kostet bis zu 150 DM. Diese Kosten müssen in Zukunft die Kassen selbst tragen – und die werden sie auf dei Versichterten abwälzen.



Im Kapitalismus: Wer arm ist, muß früher sterben

Die Betreuung der Kranken wird schlechter, denn immer meh[r] Schwestern und Pfleger werde[n] durch schlechter ausgebilde[te] aber für die Kapitalisten billig[e] "Helfer" ersetzt. Ihr Verhält[nis] betrug noch 1954 12:1, heu[te] aber 1,7:1! Am "Kräftemange[l]" kann es nicht liegen. Wer sich beim Arbeitsamt darum bewirbt, auf Krankenschwester umgeschult zu werden, bekommt die Auskunft: Kein Bedarf!



Die modernste Technik steht für das chinesische Gesundheitswesen bereit; die Krankenversorgung ist für alle Chinesen kostenlos.

Die Empörung über diese Politik des Senats wächst immer mehr – unter der Bevölkerung und unter Ärzten und Schwestern an den Krankenhäusern. Viele Kampfkomitees entstanden in der letzten Zeit. So das für die Kinderklinik in Bethanien, an dem die Partei mitarbeitet, und das gegen die Schliessung des Kinderkrankenhauses in Charlottenburg. In diesen Komitees müssen wir Genossen von der KPD/ML einen entschiedenen Kampf führen gegen Revisionisten und Reformisten aller Schattierungen, die immer wieder versuchen, den spontanen Kampf der Bevölkerung abzuwürgen. Eines aber ist klar: Auch in Westberlin wird der Kampf der werktätigen Massen um ihre elementaren Lebensrechte immer entschlossener und stärker!

SOLDATENKORRESPONDENZEN

Neulich besuchten mehrere NATO-Offiziere die Röttiger Kaserne in Fischbeck. Unter ihnen war auch ein hoher chilenischer Offizier. Sie informierten sich über die verschiedenen Waffensysteme der Bundeswehr. **Besonderes Interesse zeigte der Chilene für den neuen Schützenpanzer MARDER, den zur Zeit modernsten Schützenpanzer Europas. Der MARDER ist ja bekanntlich eine hervorragende Waffe für den Einsatz im Innern, für den Bürgerkrieg, gegen "Terroristen, Aufständische" und streikende Arbeiter: Eine Maschinenkanone, 20 mm, 2 MGs und MPs, 1 Panzerfaust, Handgranaten, unter anderem als Bewaffnung, bei 10 Mann Besatzung, von denen 6 aus voller Deckung rundum feuern können.** Daß der chilenische Oberstleutnant starkes Interesse an dieser Waffe hat, ist ganz klar. In Chile könnte der MARDER gut eingesetzt werden, um das Militärregime zu sichern und den um sich greifenden bewaffneten Kampf der Arbeiter und Bauern zu unterdrükken. Dann hätte der MARDER seine erste große "Bewährungsprobe"!

Aus: Roter Marder – Soldatenzeitung der Roten Garde für den Standort Marburg

★ ★ ★

Auch in diesem Jahr veranstalteten die Offiziere nach dem Motto: „Alle guten Gaben – alles, was wir haben, kommt von den Offizieren" Weihnachtsfeiern für die Mannschaften. Um das Bild der sozialen Eintracht glaubwürdig zu machen, setzen sie sich sogar mit uns an die Tische, obwohl sie sonst an die „gepflegte Atmossphäre" ihres Offizierskasinos gewöhnt sind. Die Spitze aber ist, das die Offiziere in einer Kompanie ein Weihnachtsfest für Kinder veranstalteten, auf dem der Weihnachtsmann mit einem Panzer vorfuhr. Damit wollten sie zeigen, wie ungefährlich Offiziere und Panzer für uns sind.

Die Kameraden spürten den Hinterhalt, denn viele sagten: „Die Lütten sollen erst mal selbst in so'n Panzer gesteckt sein – was die dann wohl sagen? "

In der Tat rüstet der BRD-Imperialismus auf einen Krieg hin, und wir Soldaten kriegen das durch Druck, Scheuchereien, verbessert[e] Bewaffnung usw. zu spüren. Abe[r] wenn sie uns in ihren Krieg schik[]ken wollen – die Panzertürme gedreht und das ganze Ausbeuterpack vertrieben. Wenn wir unseren eigenen Staat gründen – das wird ein Weihnachtsfest sein!

'DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

"Über die Ereignisse in Chile muss in der ganzen Welt nachgedacht werden..."

Interview mit einem Mitglied des Politbüros der Revolutinären Kommunistischen Partei Chiles



Frage: Lieber Genosse, über die Lage im Innern Deines Landes gibt es immer noch Unklarheiten. Kannst Du uns Neues über Deine Partei, ihre Analysen und Stellungnahmen zu den Ereignissen berichten?

Antwort: Augenblicklich sind die Informationen, die ins Ausland kommen, sehr verworren. Das wird bewußt von den amerikanischen Imperialisten und der Militärjunta betrieben. Sicher ist unsere Partei von der Unterdrükkung betroffen, nicht die Organisation als solche, sondern mittelbar, durch ihre Mitglieder, die aktiv innerhalb der Massenbewegung kämpfen. Die Partei ist an der Basis betroffen, mit allen Arbeitern, denn die Unterdrückung ist scheußlich. Soweit wir wissen, hat es unter unseren Führern keine Toten gegeben, auch nicht unter den bekannten Journalisten unserer Partei, auch wenn einige von ihnen verfolgt worden sind. In den anderen Gruppen und Parteien hat es dagegen oft sehr beträchtliche Verluste gegeben. Weshalb?

Weil wir uns auf ein Ereignis solcher Art vorbereitet hatten. Es war historisch leicht zu verstehen, daß der friedliche Weg in die Niederlage führte. Für uns war das klar, aber das Volk befand sich in einer sehr schwierigen Lage, in einer Position der Schwäche, denn es hatte weder materielle Waffen, noch die nötigen ideologischen, um einer solchen Situation begegnen zu können.

Schon vor mehr als drei Jahren haben wir in unserer Presse und Propaganda Analysen über die chilenischen Streitkräfte veröffentlicht: ihr klassenmäßige Zusammensetzung, ihre Beziehungen zum amerikanischen Imperialismus, die ideologische Ausbildung und deren Zwecke. Wir haben sogar die möglichen verschiedenen Formen des Staatsstreichs dargelegt, wobei wir jene als die wahrscheinlichste angaben, die sich tatsächlich abgespielt hat. Wir haben sogar bei dieser Gelegenheit öffentlich den Namen Pinochet genannt.

Aber es genügt nicht, die Dinge zu wissen und sie zu sagen. Es fehlte uns die Fähigkeit, die Massen zu mobilisieren und die Verbindungen zum Volk genügend zu entwickeln.

Frage: Wie beurteilt Ihr die Verantwortung der chilenischen Revisionisten für die Ereignisse?

Antwort: Die Revisionisten haben alle möglichen Illusionen und falsche Hoffnungen verbreitet. **Bis zum Schluß haben sie sich darauf versteift, die Klassennatur des Staates zu leugnen.** Ganz zum Schluß haben sie eine große Kampagne gestartet mit dem Thema: "Nein zum Bürgerkrieg!"

Sie haben das berüchtigte 'Waffengesetz" angenommen, das der Armee die Kontrolle über alle Waffen verschaffte. Allein die Armee hatte von nun an das Recht, Waffen zu besitzen.

Sie haben versucht, der Armee zu schmeicheln, wobei sie davon ausgingen, daß diese die Basis für die Sicherung der Demokratie in Chile sei!

Sie haben hartnäckig das Recht des Volkes auf Verteidigung bestritten.

Wenn man auf die Lehren der Geschichte hinwies, antworteten sie: "Chile ist eine Ausnahme, das ist eine besondere Situation."

Frage: Welche Rolle hat der Imperialismus bei der Vorbereitung und Durchführung des Putsches gespielt?

Antwort: Der amerikanische Imperialismus hat eine wichtige Rolle gespielt. Er hat den Staatsstreich vorbereitet und die Waffen geliefert. Er war mit der chilenischen Armee durch einen Militärpakt von 1954 verbunden, der zutiefst antikommunistisch ist.

Die gemeinsamen Manöver der USA und Chiles bei der Marine gingen weiter. Deshalb putschte die Marine auch als erste. Sämtliche Armeeoffiziere Chiles mußten während ihrer Ausbildung drei Monate in den Anti-Guerilla-Militärbasen der amerikanischen Armee in Panama verbringen. Die USA führte auch innerhalb der Armee eine intensive ideologische Propaganda durch.

Aber auch die Sowjet-Union hat bei den Ereignissen ihre Hände im Spiel gehabt. Chile war der Spielball einer stillen, aber sehr scharfen Rivalität zwischen den Supermächten. Die SU hat begonnen, ihre Schachfiguren verstärkt in Lateinamerika einzusetzen, wobei Kuba benutzt wird. Aber Kuba ist isoliert. Es hat keine bedeutenden Beziehungen mit dem restlichen Lateinamerika. Chile war vorzüglich geeignet, um in die Länder des Andenpaktes einzudringen, die der wirtschaftlichen Beherrschung durch die USA Widerstand entgegenzusetzen beginnen. **Die Ereignisse in Chile müssen also im Gesamtrahmen der amerikanisch-russischen Rivalität gesehen werden.** Die Sowjets sind zunächst sehr behutsam vorgegangen, später sehr viel rascher. Sie haben Allende in eine sehr schwierige Lage hineingezwungen, um ihm nachher äußerst harte Bedingungen zu diktieren.

Ihre Unterstützung für Allende war von den sowjetischen Interessen diktiert, nicht von der gerechten antiimperialistischen Sache des chilenischen Volkes. Wie schon vorher in der "Kuba-Krise" und jetzt im Nahen Osten, war das Ziel ihrer falschen "Hilfe' für das chilenische Volk, das Land in eine Einflußsphäre zu verwandeln oder in einen Gegenstand des Schachers mit der anderen Supermacht.

Die äußeren Ursachen sind sehr wichtig, aber die inneren Ursachen sind entscheidend, hier also die Linie des friedlichen Weges. Was in Chile gescheitert ist, ist eine ganze Theorie der Machtergreifung, ist der friedliche Weg.

Frage: Gegenwärtig wird eine heftige Kampagne gegen die VR China in unserem Lande geführt, wobei Revisionisten und Trotzkisten im selben Chor brüllen. Sie werfen der VR China vor, daß sie nicht ihre diplomatischen Beziehungen mit Chile abgebrochen hat, im Gegensatz zur Sowjetunion. Was ist eure Haltung zu dieser Frage?

Antwort: Erst einmal muß man feststellen, daß die SU gar nicht so sehr daran interessiert war, jegliche diplomatische Beziehung mit Chile abzubrechen. Wenn sie es doch getan hat, dann einerseits, um ihre eigene Verantwortung in den Ereignissen zu vertuschen in den Augen der Völker, andererseits weil sie ein wenig durch die Ausweisung der kubanischen Diplomaten dazu gezwungen war.

Die sowjetischen Revisionisten haben übringens gerade gegenüber mexikanischen Zeitungen erklärt, daß ihre Beziehungen mit Chile nur "suspendiert" seien. Sie benutzen Chilenen im Ausland, um "Solidaritätsbewegungen" zu organisieren, deren Hauptinhalt darin besteht, ihre wirkliche Verantwortung bei den Geschehnissen zu vertuschen. Sie geben nur Erklärungen ab und weisen auf die Untaten der Junta hin, wobei sie diese Seite derartig überbetonen, daß sie eher die Feinde als das Volk ermutigen. **Sie zeigen das chilenische Volk ermordet, wehrlos, nachdem sie versucht haben, Chile zum Modell für den Sozialismus hinzustellen. Die Wirkung davon kann nur Resignation sein und das Resultat negativ. Sie versuchen auch die wirklichen Geschehnisse zu verzerren, indem sie die Revolutionäre für den Putschverantwortlichmachen wollen.**

Sie verzichten nicht auf ihre Theorie vom friedlichen und legalen Übergang. Selbst jetzt, wo ihre Doktrin hinweggefegt und zerstört ist, versuchen sie glauben zu machen, daß sie weiterhin gültig bleibt. Damit dienen sie nur ihren sozialimperialistischen Interessen.

Auf ihrer sogenannten "Friedenskonferenz' in Moskau haben sie – im Namen der Hilfe für das chilenische Volk – einen Angriff auf die Volksrepublik China gestartet! Diese Verleumdung hat dazu beigetragen, daß die Position Chinas nicht immer verstanden wird. Diese Position ist jedoch vollkommen richtig.

Für die Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen zwischen der VR China und Chile.

Von Anfang an haben wir unseren Wunsch bekräftigt daß wir für die Zukunft unseres Kampfes die diplomatischen Beziehungen zwischen China und Chile beibehalten wollen. Wir sind seit jeher der Ansicht, daß diese Beziehungen eine gute Sache sind, für die wir jahrelang gekämpft haben.

Sicher wird der Inhalt der Beziehungen anders sein als zur Zeit Allendes. China hat nicht das Regime der Junta anerkannt. Andererseits muß man klar sehen, daß der Militärputsch nicht nur ein Abenteuer ist, das von einer Handvoll Imperialisten unterstützt wird. Der Faschismus hat in unserem Land eine soziale Basis: die Armee, die Reaktion.

Der Fall liegt auch anders als in Kambodscha. Es gibt keine chilenische Regierung außerhalb unseres Landes.

Die sowjetischen Revisionisten haben versucht, China in diesem Punkt anzugreifen. Die chilenischen Revisionisten haben sich dafür hergegeben. Es ist interessant, ihre Verlogenheit an einem konkreten Beispiel zu betrachten. Nehmen wir den Fall des Botschafters der Allende Regierung in China, um den man in der westlichen Presse großen Lärm gemacht hat. Er hat sich als in Opposition zur Militärjunta stehend erklärt und wurde offiziell von dieser abgesetzt. Das ist eine objektive Tatsache, bei der China weder zu entscheiden noch zu intervenieren hatte. Es ist nicht Chinas Angelegenheit, zu entscheiden, wer der Repräsentant Chiles ist.

Die VR China hat dem Exbotschafter Asyl angeboten in China, wo er wie ein Freund bleiben konnte. Es wurden ihm alle Möglichkeiten angeboten, damit er seine Aktivitäten entfalten konnte. Wenn er sich anders entschieden hat, trägt China dafür keine Verantwortung.

Die Volksrepublik China steht fest an der Seite des chilenischen Volkes !

Das chilenische Volk weiß durch eigene Erfahrung, daß China seinen Kampf für die Unabhängigkeit und die Revolution unterstützt. Das ist bewiesen. In der Vergangenheit hat das chinesische Volk eine großzügige Hilfe für die Verwirklichung der nationalen und demokratischen Ziele der Allende-Regierung an Chile geleistet. China hat weder seine Versprechen gebrochen, noch die verräterische Linie des „friedlichen Übergangs zum Sozialismus" unterstützt.

Der Ministerpräsident Tschou En-lai selbst hatte in einem Brief an Allende, der Anfang des Jahres veröffentlicht wurde, darauf hingewiesen, daß wie auch die chinesische Erfahrung gezeigt hat, **sich die Völker zuerst auf ihre eigenen Kräfte stützen müssen, sowohl im antiimperialistischen Kampf wie im Kampf für die sozialistische Revolution, und sich nicht hauptsächlich von äußerer Hilfe abhängig machen dürfen, schon gar nicht von der Hilfe der beiden Supermächte.**

Es ist ebenfalls falsch zu behaupten, daß China keine Stellung zu den Ereignissen in Chile bezogen hat. Verschiedene Male hat China sehr klare und eindeutige Erklärungen abgegeben, in denen der Putsch verurteilt wird. Man lese nur das Telegramm des Ministerpräsidenten Tschou En-lai an die Witwe des Präsidenten Allende, in dem er nicht nur das Wesen des Militärputsches entlarvt, sondern auch die große Bedeutung Allendes für die Beziehungen unserer beiden Länder hervorhebt. Ebenso hat die chinesische Regierung und ihr Vertreter in der UNO Huang Hua mehrere Male klar Stellung bezogen.

Auch das chinesische Volk ist unterrichtet. Es ist wahrscheinlich das Volk in der Welt, das am besten über die Ereignisse in Chile informiert ist. Die Kommunistische Partei Chinas geht von dem Prinzip aus, daß die Volksmassen in China und in Chile der entscheidende Faktor sind. Das ist eine sehr ernsthafte, prinzipienfeste Haltung. In allen diesen Fragen muß man eine politische, und keine sentimentale Haltung einnehmen. Es ist nicht Chinas Aufgabe, das Problem des inneren Widerstandes in Chile zu lösen.

Diese Haltung ist derjenigen des Sozialimperialismus entgegengesetzt der die internationalen Interessen des Revisionismus an die Stelle der Interessen des chilenischen Volkes setzt. Die letzten Nachrichten aus Chile sind nicht nur schlechter Art. **Es gibt einen Volkswiderstand im wahren Sinne des Wortes. Das muß sich verbreitern und vertiefen. Die Lage ist voller Möglichkeiten. Die Lehre, die das chilenische Volk so teuer bezahlt hat, muß bis zum letzten genutzt werden.**

Wenn man nicht die notwendigen revolutionären Schlüsse zieht, bedeutet das eine andere Form des Verrats am chilenischen Volk. Der Lärm, der um eine falsche Solidarität gemacht wird, muß weggefegt werden, damit sich eine wirkliche Solidarität entwickeln kann.

Macht diese Dinge eurem Volk bekannt. Über die Ereignisse in Chile muß in der ganzen Welt nachgedacht werden.

Übersetzt nach 'Humanite Rouge'. Leider mußten Kürzungen vorgenommen werden. Alle Hervorhebungen von uns. - RM

Kommunistische Fraktion im 'K'BW:

Zerschlagt den 'K'BW!

Knapp ein halbes Jahr, nachdem sich verschiedene rechtsopportunistische Zirkel zum "Kommunistischen Bund Westdeutschlands" zusammengeschlossen haben, bildete sich eine kommunistische Fraktion im "K"BW Bremen.

Das ist ein Ausdruck davon, daß es angesichts der wachsenden Kämpfe der Massen und des zunehmenden Einflusses der Partei den Zirkelhäuptlingen immer schwerer fällt, die Revolutionäre unter ihrer opportunistischen Spalterflagge zu sammeln und sie vom Kampf unter der Führung der KPD/ML abzuhalten.

Die Partei hat insbesondere in Bremen einen prinzipienfesten ideologischen Kampf gegen die revisionistischen Anschauungen des „K"BW geführt. Dieser Kampf und erfolgreich durchgeführte Aktionseinheiten haben die Bildung der kommunistischen Fraktion im „K"BW beschleunigt. Diese Fraktion hat innerhalb des „K"BW einen offensiven ideologischen Kampf geführt und so erreicht, daß ihre Kritik auf einer Mitgliederversammlung diskutiert werden mußte. Mit dem Erfolg, daß anschliessend bei der Abstimmung ein Viertel gegen ihren Ausschluß stimmten, zwei Mitglieder sogar freiwillig aus dem „K"BW austraten.

Die „Plattform der kommunistischen Fraktion im KBW" kritisiert richtig die wesentlichen Abweichungen der Führungsclique des „K"BW vom Marxismus-Leninismus und fordert die Mitglieder auf, einen klaren Trennungsstrich zu ziehen und dem „K"BW den Rükken zu kehren.

Gründung im Kampf gegen die Partei

Ähnlich wie andere kleinbürgerliche Zirkel ist auch der „K"BW gezwungen, zur bürgerlichen Geschichtsfälschung zu greifen, um die opportunistische Grundlage seiner Existenz zu vertuschen.

Die Ortsgruppe der KPD/ML Bremen schreibt dazu in ihrer Flugschrift: "Die bolschewistische Partei ist stärker als alle Zirkel" : "Schmierer beabsichtigt hier offensichtlich zweierlei:

Einmal leugnet er die Geschichte der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland und die Geschichte der KPD, in der sehr wohl der Kampf zweier Linien stattgefunden hat, und zwar längst vor der Gründung der D'K'P. Ausdruck dieses Kampfes war die Herausgabe des ROTEN MORGEN durch Genossen der KPD seit 1967. Würden die "K"BW-Führer diese Tatsache zugeben, könnten sie nicht mehr verleumderisch von der "sogenannten Gründungserklärung der KPD/ML" reden, vielmehr müßten sie zugeben, daß die KPD/ML im Kampf gegen den Modernen Revisionismus entstanden ist, daß sie die Kontinuität der Kommunistischen Bewegung in Westdeutschland wahrt und die Nachfolgerin der KPD Ernst Thälmanns ist.

Zum anderen scheut sich J. Schmierer davor, "Verrat und Sabotage in den eigenen Reihen beim Namen zu nennen (gemeint sind hier die Reihen der Arbeiterbewegung - die Red.), nämlich: Moderner Revisionismus und D"K"P!

Bewaffnete Revolution oder friedlicher Übergang

Wie alle Zirkel, die keinen klaren Trennungsstrich ziehen zwischen Marxismus-Leninismus und Modernem Revisionismus, weicht „K"BW in wesentlichen Fragen vom Marxismus-Leninismus ab.

Die Klassiker des Marxismus-Leninismus haben aus dem Scheitern der ersten Diktatur des Proletariats, der Pariser Kommune, die Lehre gezogen, daß das Proletariat nach der Zerschlagung des bürgerlichen Staates einen proletarischen Staat, die Diktatur des Proletariats, errichten muß, um die alten Ausbeuter zu unterdrücken und die Demokratie für die breiten Massen zu verwirklichen. Dieser Standpunkt wird in der Plattform der Fraktion verteidigt. Die „K"BW-führer packt angesichts der Tatsache, daß das Proletariat Gewalt ausüben soll, das große Zittern. In der "Kommunistischen Volkszeitung" heißt es: "Das klingt 'links' und entschlossen revolutionär. In Wirklichkeit bedeutet es die Revision des Marxismus - Leninismus in Richtung auf eine faschistische Gesellschaftsmythik".

Angst vor der revolutionären Gewalt der Massen spricht auch aus der Haltung des „K"BW zur bewaffneten Revolution.Hierzu heißt es im Programm: "**Solange** die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügt, wird das Proletariat die politische Macht mit Waffengewalt erkämpfen müssen." (Unterstreichungen von uns - die Red.)

Die Plattform kritisiert völlig richtig daß man sich hier ein Hintertürchen offenläßt für den "friedlichen Übergang". Die „K"VZ versucht sich herauszureden: Es gehe einzig und allein darum, die "konkreten Umstände" darzulegen, welche die Arbeiterklasse zur Anwendung von Waffengewalt in ihrem Befreiungskampf" zwingen.

Diese Betonung der "konkreten Umstände" ist bekannt.

Auch die Modernen Revisionisten können seit der glorreichen Oktoberrevolution nicht mehr die bewaffnete Revolution im allgemeinen verteufeln.

Dafür betonen sie jetzt, daß man die "konkreten Besonderheiten" berücksichtigen muß und pochen darauf, daß Engels gesagt hat, unter bestimmten Umständen sei auch eine "friedliche Entmachtung" der Bourgeoisie möglich. Als so eine "konkrete Besonderheit" wollen uns die modernen Revisionisten von der D'K'P heute die Möglichkeit einer demokratischen Zwischenetappe, die "antimonopolistische Demokratie" verkaufen.

Auch die "konkreten Umstände" des 'K'BW sind nichts als ein Angriff auf das allgemeine Prinzip der bewaffneten Revolution. Offen sagt Schmierer im Neuen Roten Forum 1/2-73: "Die Formulierung im Programm ... macht keinerlei Zugeständnisse an jene 'linksrevisionistischen Tendenzen', die ... die Frage des bewaffneten Aufstandes aus einer konkret-historischen und taktischen Frage in eine Prinzipienfrage verwandeln."

Es ist eine historischen Notwendigkeit, daß der Kapitalismus in Westdeutschland gestürzt werden wird. Es ist genauso eine historische Notwendigkeit daß dies auf dem Weg der bewaffneten Revolution geschehen muß. Es ist die Aufgabe der KPD/ML, die Massen auf diese bewaffnete Revolution vorzubereiten, damit so schnell wie möglich und unter so geringen Opfern wie möglich durchgeführt wird. Die KPD/ML steht damit in der Tradition der KPD Ernst Thälmanns. Er formulierte als Lehre des Hamburger Aufstandes: "Das große Resultat des Hamburger Aufstandes ist, daß die Arbeiter den scheinbar unbesiegbaren Klassenfeind dreimal vierundzwanzig Stunden lang in seiner ganzen Schwäche gesehen haben. In den Hamburger Tagen haben die Arbeiter die Bourgeoisie am Rande des Abgrundes gesehen. Und sie werden diesen Anblick nie vergessen. **Wir gehen nicht einer Versumpfung, sondern neuen Kämpfen, wir gehen mit eherner Notwendigkeit in Deutschland der zweiten Revolution entgegen.** Darum gehört der Hamburger Aufstand nicht der Geschichte an, sondern er ist eine Probe für die Zukunft."

Diesen Ausspruch Thälmanns brachte auch der 'K'BW in seinem Artikel zum Hamburger Aufstand in der 'K'VZ. Allerdings mit einer "Korrektur": Der fettgedruckte Satz wurde weggelassen! Das ist deutlich! Kein Marxist-Leninist kann an die Stelle der Gewißheit der proletarischen Revolution in Westdeutschland drei . Pünktchen setzen!

Die Tatsache, daß die 'K'BW-Führer sich dazu genötigt sehen, zeigt, wie sie – trotz ihrer Beteuerungen über die Offensive der Arbeiterklasse – die Lage sehen: Ohne Chancen für das Proletariat und äußerst günstig für den Klassenfeind.



"Und der da? " – "Der? - Der ist mir gerade zugelaufen!"

Der Kommunismus wird versteckt

Es ist kein Wunder, daß solche kleinbürgerlichen Opportunisten denen die Angst vor der Allmacht der Bourgeoisie und der proletarischen Revolution gleichermaßen in den Knochen steckt, alles tun, um bloß nicht als Kommunisten den Blick des Klassenfeindes auf sich zu lenken.

So findet sich nirgendwo bei den 'K'BW-Führern ein Wort darüber, daß sie die Arbeiter für den Kommunismus gewinnen wollen.

So preisen sie zum Beispiel ihre "Kommunistische Volkszeitung" damit an, daß man sie beruhigt in der Straßenbahn lesen kann, weil sie niemandem als kommunistische Zeitung auffällt.

Kein Kampf gegen den imperialistischen Krieg

Wer wie die 'K'BW-Führer davon ausgeht, daß die Bourgeoisie unbezwingbar ist, der muß auch den Kampf gegen den imperialistischen Krieg falsch führen. Und so gehen die 'K'BW-Führer konsequenterweise davon aus, daß die Völker einen Krieg der Imperialisten untereinander nicht verhindern können. In ihrer Antwort auf die Plattform der Fraktion, die hier eine richtige Haltung einnimmt, hängen sich die 'K'BW-Führer an einem Fehler der Genossen auf und beschimpfen sie als Stalinverfälscher. Sie "vergessen" aber, daß Stalin die Wahrheit nicht nur über die Unvermeidbarkeit der imperialistischen Kriege verteidigt hat, sondern gleichzeitig an der Spitze der Roten Armee bewiesen hat, daß die Völker in der Lage sind, einen Krieg der Imperialisten untereinander in einen siegreichen Befreiungskampf für die Völker zu verwandeln. Genau das hat auch Mao Tsetung festgestellt, der sagt, daß die Gefahr eines dritten Weltkrieges bestehen bleibt, die Haupttendenz aber die Revolution ist.

Eine ähnlich kapitulantenhafte Haltung nehmen die 'K'BW-Führer zur nationalen Frage ein. Die Plattform stellt völlig richtig fest, daß angesichts der Spaltung der deutschen Nation der Kampf für ein vereintes, sozialistisches Deutschland geführt werden muß. Die Genossen betonen, daß dieser Kampf nicht, wie die 'K'BW-Führer wollen, bis zur sozialistischen Revolution aufgeschoben werden darf. Im Gegenteil sind "durch den Kampf um die Nation patriotische Kräfte als Verbündete des Proletariats zu mobilisieren". Gerade deshalb auch haben die Revisionisten in der DDR und in der D'K'P den Kampf um die Einheit der Nation verraten.

Die 'K'VZ weiß darauf nicht anders zu antworten als mit der üblen Unterstellung, die Fraktion wolle sich mit der imperialistischen Bourgeoisie verbünden. Mit dieser Verleumdung tapsen die 'K'BW-Führer genau in die Fußstapfen der Revisionisten, die schließlich auch behaupten, der Kampf der KPD/ML um die Einheit der Nation geschehe im Bündnis mit dem "Rechtskartell".

Versöhnung mit den modernen Revisionisten

Während der 'K'BW die KPD/ML und alle echten Marxisten-Leninisten als "Gewaltmystiker" und tendenzielle Faschisten beschimpft, liebäugelt er mit der D'K'P. So waren es am 1. Mai die Vorläuferorganisationen des 'K'BW, die DGB-Führer und moderne Revisionisten davor bewahrten, als isoliertes Häuflein dazustehen. Vor kurzem marschierten sie bei einer Solidaritätsdemonstration für das chilenische Volk mit der D'K'P zusammen.

Diese Demonstrationen zeigen deutlich den Charakter des 'K'BW: Er ist Wasserträger des modernen Revisionismus. Er ist auf dem besten Weg, ein "linkes" Feigenblatt der D'K'P zu werden.

Vorwärts mit der KPD/ML!

Jedes Mitglied, jeder Anhänger des 'K'BW, der ehrlich die Revolution will, muß einen klaren Trennungsstrich zwischen sich und den erzopportunistischen Führern dieser Spalterorganisation ziehen. Genossen, euer Platz ist an der Seite der KPD/ML und der Roten Garde.

Acht Jahre Gefängnis für Gabriele Kröcher

Wegen versuchten Mordes in drei Fällen, räuberischer Erpressung und Diebstahl verurteilte das Schwurgericht in Bochum die Studentin Gabriele Kröcher, 22 Jahre, angeblich Mitglied der "Roten Ruhr-Armee", zu 8 Jahren Gefängnis.

Dieses Urteil – das höchste nach den Urteilen gegen die Genossen Mahler und Jansen – ist ein Skandal! Der ganze Prozeß gegen Gabriele wurde zum Musterbeispiel dafür, wie die Klassenjustiz gegen fortschrittliche Menschen und Kommunisten vorgeht, die sie sich hilflos ausgeliefert glaubt. Das Gerichtsgebäude wimmelte von Polizisten. Gabriele erhält keinen einzigen der von ihr geforderten Verteidiger, sondern einen Pflichtverteidiger, den das Gericht bestimmt. Von der "Beweisführung" müssen selbst die bürgerlichen Zeitungen zugeben, sie sei "juristisch eine Katastrophe". Polizisten sind die einzigen Belastungszeugen. Trotz der schwerwiegenden Anklagepunkte wird die Verhandlung in wenigen Tagen durchgezogen.

Nachgewiesen werden kann das, was bei Gabrieles Verhaftung im Juli 1973 geschah: Daß sie beobachtet wurde, als sie Nummernschilder von einem Auto abschraubte. Das ist alles. Weder kann der Anklagepunkt "räuberische Erpresssung" nachgewiesen werden, noch gar ein Mordversuch. Aber Gabriele verteidigt sich mutig und ruft im Gericht auf zum Kampf gegen den Klassenfeind. Und ein Polizist sagt aus, ihre Hand habe "gezuckt". Das genügt. Wenn die Hand eines Menschen "zuckt", der gegen den Kapitalismus kämpft, dann muß er geschossen haben. Gabriele wird verurteilt.

Dieses Terrorurteil muß weg! Wir stehen auf Gabrieles Seite.

FREIHEIT FÜR GABRIELE KRÖCHER!



MARIANNE HERZOG VERURTEILT: 27 MONATE

Selbst das Gericht mußte im Prozeß gegen Marianne Herzog zugeben, daß sämtliche Anklagepunkte zusammengebrochen sind. Der Staatsanwalt zog die Anklage wegen "bewaffnetem Bandenraub" zurück. Trotzdem wird sie zu 27 Monaten Gefängnis verurteilt – mit der einzigen Begründung, sie habe "Verbrechen" verabredet, von denen das Gericht selbst sagte, sie hätten niemals stattgefunden, und der RAF angehört. Marianne wurde vorläufig aus der Haft entlassen. Mehr als 15 Monate hatte die Klassenjustiz sie in strengster Isolierhaft gehalten.



Kampf der Klassenjustiz

PROZESSE GEGEN STUDENTEN IN KIEL

Während der Streiks an der Universität Kiel zeigte der Unirektor etwa 150 Studenten wegen "Hausfriedensbruch und Nötigung" an. Die ersten Prozesse endeten mit Urteilen von 3 Monaten auf Bewährung. Besonders der Prozeß gegen Genossen St. und andere Angeklagte wurde zum Bumerang für die Klassenjustiz. Trotz Polizeieinsatz gelang es ihr nicht, den Kampf der Angeklagten und der anwesenden Genossen zu brechen. Im Gerichtssaal wurden Plakate aufgehängt und Artikel des ROTEN MORGEN zur Klassenjustiz verlesen. Die Anwesenden im Saal verabschiedeten eine Solidaritätserklärung mit den eingekerkerten türkischen Kollegen Dagyeli und Subasi, die wir auf dieser Seite veröffentlichen.

POLIZISTEN VON MORDANKLAGE REINGEWASCHEN

Silvester 1972 hatten zwei Polizisten einen angetrunkenen 18-Jährigen verprügelt und im Polizeigriff gewürgt, daß er starb. Die Staatsanwaltschaft stellte jetzt das Ermittlungsverfahren gegen beide ein, da "kein hinreichender Tatverdacht bestehe."

KEINE REVISION FÜR HORST MAHLER

Der Bundesgerichtshof hat die Revisionsanträge von Horst Mahler und dem Ehepaar Huber vom ehemaligen Heidelberger Patientenkollektiv kommentarlos abgelehnt. Das heißt, daß die Terrorurteile von 12 Jahren für Horst Mahler und je 6 Jahre für das Ehepaar Huber ab sofort rechtskräftig sind.

Ausweisung verhindert!

Die Botschaft des Thieu-Regimes in Bonn mußte eine Niederlage hinnehmen. Weil sie bisher vergeblich versucht hatte, zehn oppositionellen Vietnamesen die Rückkehr nach Vietnam zu befehlen, griff sie zu ihrem letzten Mittel. Sie forderte das Auswärtige Amt in Bonn auf, die Rückkehr des Doktoranden Do goc Quynh zu „erleichtern". Die deutschen Behörden folgten der Aufforderung bereitwillig und wiesen Quynh sofort aus, obwohl sein Visum noch lange nicht abgelaufen war und er gegen kein deutsches Gesetz verstoßen hat.

Doch sie hatten nicht mit dem entschlossenen Protest unserer vietnamesischen Freunde gerechnet. In ca 20 Städten der Bundesrepublik starteten sie eine breite Kampagne, um die deutschen Behörden und die Botschaft zur Aufhebung der Rückrufbefehle und Ausweisungen gegen Quynh und die anderen zehn zu zwingen. So konnten sie insgesamt ca 20 000 Unterschriften in Westdeutschland und Westberlin sammeln und einen großen Teil der deutschen und internationalen Öffentlichkeit informieren. **Eine Unzahl von Protesttelegrammen und Anrufen beängstigte die Botschaft so sehr, daß sie die Telephon- und Telexverbindungen abbrach und die Botschaft für mehrere Tage schliessen mußte.**

Auf einer Vollversammlung der vietnamesischen Studenten in Bonn am Dienstag, den 18.12.73 wurde einstimmig beschlossen, einen 48stündigen Hungerstreik durchzuführen und so Druck auf die deutschen Behörden und die Botschaft auszuüben. Hundert vietnamesische Studentinnen und Studenten hungerten zwei Tage, während die anderen die Bonner Bevölkerung über das illegale Vorgehen der Botschaft und der Bonner Behörden informierten und sie aufforderten, die Protestresolutionen zu unterschreiben. Vor allem durch den solidarischen Kampf der meisten vietnamesischen Studenten in der Bundesrepublik und durch den Druck der deutschen Bevölkerung konnte die Ausweisung Quynhs verhindert werden. Der Ausweisungsbefehl mußte zurückgenommen werden.

Solidarität:

Die Angeklagten und die Zuhörer des am 18.12.73 in Kiel stattfindenden "Neumannprozesses", der sich gegen die fortschrittlichen Betrebungen der Studenten richtet, verurteilen die Machenschaften des westdeutschen und türkischen Geheimdienstes gegen die türkischen Patrioten Dagyeli und Subasi aufs Schärfste und erklären ihre feste Solidarität mit den verhafteten bzw. angeklagten Genossen. Doch solche Verbrechen der Bourgeoisie werden nur auf sie selbst zurückschlagen, indem sie die Solidarität aller fortschrittlichen Menschen erhöhen.

FREIHEIT FÜR DAGYELI UND SUBASI!
ES LEBE DER BEFREIUNGSKAMPF DES TÜRKISCHEN VOLKES!
KAMPF DEM REAKTIONÄREN KOMPLOTT DER WESTDEUTSCHEN IMPERIALISTEN MIT DEM TÜRKISCHEN FASCHISMUS!

Anzeige

Bestellungen an:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11 Postfach 11 16 49

Din A 5 Broschüre
69 Seiten
Preis: 1 DM

Günter Wagner , kommunistischer Arbeiter von Thyssen : von Polizei verschleppt !



HERAUSGEGEBEN VON DER KPD/ML

Verlag Roter Morgen

Leserbrief:

Bombendrohungen

Seit Mai dieses Jahres läuft offiziell gegen die Partei und ihre Massenorganisationen ein Ermittlungsverfahren, in dem "nachgewiesen" werden soll, daß die Partei eine "kriminelle Vereinigung" ist. Die bürgerliche Klassenjustiz will damit das Verbot der Partei vorbereiten. Wie dieses Ermittlungsverfahren praktisch durchgeführt wird, zeigt folgendes Beispiel:

Ich bin Arbeiter und Mitglied der ROTEN GARDE in Troisdorf/ Siegburg. Kürzlich flatterte mir ein Einschreiben der politischen Polizei (K14) ins Haus. Darin werde ich beschuldigt, "gegenüber der Kreisberufsschule Troisdorf-Sieglar, gegenüber der Kreisverwaltung Siegburg und gegenüber dem Kaufhaus Hertie Troisdorf telefonisch anonym mit Bomben gedroht zu haben. Diese Beschuldigung ist völlig aus der Luft gegriffen. Damit versucht die Polizei, mich einzuschüchtern. und von meinen Kollegen und Bekannten zu trennen. Die aber wissen genau, wie der Hase läuft! Dieser Stein, den die Büttel der Kapitalisten auf uns werfen wollen, wird auf ihre eigenen Füße fallen.

Rot Front
Ein Rotgardist aus Troisdorf

Hamburger Polizei schießt Jungarbeiter nieder

Im Hamburger Arbeiterviertel Wilhelmsburg (bekannt durch die Flutkatastrophe 1962, wo hier 300 Proletarier starben) schossen Polizisten auf junge Arbeiter. Der 16-jährige Manfred M., wie viele seiner Kollegen z.Z. arbeitslos, hatte mit einem Freund ein Motorrad gestohlen. Bei der Verfolgung durch Polizisten hielten sie nicht an, rissen einen Polizisten nieder und flüchteten dann zu Fuß weiter. Weil Manfred M. "Schießhaltung" einnahm, wie der Polizist später behauptete, wurde er angeschossen. Die "Schießhaltung" sah so aus, daß Manfred 8 Polizeikugeln in den Rücken bekam. Anschließend hetzten die Polizisten scharfe Hunde auf ihn, die ihm ein Bein zerbissen.

Die Krankenhaussympathisantengruppe der KPD/ML berichtet, daß die Unfallärzte mehr als 3 Stunden nach einer Geschoßkugel suchten. Es ist eine reiner Zufall, daß Martin noch lebt: die Kugel steckte im Rücken, Millimeter vom Herzen entfernt. Die Empörung des Krankenhauspersonals ist groß. Eine Schwester erzählte, daß vor einigen Monaten in Wilhelmsburg schon einmal ein Jugendlicher niedergeschossen wurde, weil er eine Stange Zigaretten gestohlen hatte. Oft müssen Schwestern und Ärzte den aufgehetzten Polizisten in den Arm fallen, wenn sie noch im Krankenhaus Betrunkene zusammenschlagen.

Die ganze Nacht hielten Polizisten vor der Krankentür von Manfred Wache. Ihr einziger Kommentar zu diesem kaltblütigen Mordversuch: "Da sieht man mal, daß wir viel zu kleines Kaliber haben, wenn der nicht mal ein Ausschußloch hat. Ein faustgroßer Ausschuß ist notwendig, damit die Gangster auf der Stelle umkippen."

Zum 80. Geburtstag des Genossen Mao Tsetung

Hoch die Mao Tsetung- Ideen!

Am 26. Dezember wurde Mao Tsetung 80 Jahre alt. Die Kommunisten, die internationale Arbeiterklasse, die Befreiungskämpfer und die unterdrückten Völker der ganzen Welt verknüpfen mit seinem Namen alle ihre Hoffnungen auf Befreiung und Sozialismus. Er ist der bedeutendste Marxist-Leninist unserer Tage.

Mao Tsetung stammt aus einer armen Bauernfamilie in Schaoschan, Provinz Hunan. Der Vater war ein fleißiger aber hartherziger Mensch. Unermüdlich häufte er Quentchen auf Quentchen zu einem sogenannten Wohlstand, der sich nur wenig über die allgemeine Armut erhob.

Als einziger von drei Söhnen besuchte Mao Tsetung die Volksschule. Vor und nach dem Unterricht mußte er zur Arbeit hinaus aufs Feld und in der Nacht führte er die Bücher des Vaters. Das meiste Wissen eignete sich Mao Tsetung im Selbststudium an, besuchte aber dann doch noch die 1. Provinzial-Mittelschule in Hunan, wo er zum Lehrer ausgebildet wurde.

In die Studienzeit und in die Zeit als Bibliothekar in Peking fällt Mao Tsetungs Zugehörigkeit zur Neuen Volksbildungsgesellschaft. Dieser Bund strebte Reformen und die Einführung moderner Technik in China an und richtete sich insbesondere gegen die halbfeudale Ausbeutung der Bauern und gegen die Ausplünderung Chinas durch die englischen, französischen, japanischen, deutschen, amerikanischen und andere Imperialisten. **Solche Bünde waren eine wichtige Stütze der Revolution, die unter der Führung von Dr. Sun Yatsen die Monarchie in China stürzte und die Republik ausrief.**

Im sich nunmehr entfaltenden antiimperialistischen Kampf in China nahm Mao Tsetung aktiven Anteil, erkannte aber immer deutlicher, daß der konsequente Kampf gegen Imperialismus und Feudalismus den Rahmen der bürgerlichen Revolution sprengen mußte. **Diesen wichtigen politischen Anstoß erhielt Mao Tsetung durch die Werke Marx', Engels' und Lenins, insbesondere aber durch die siegreiche Oktoberrevolution in Rußland, in der die Arbeiter und Bauern in einem Land der Welt den Imperialismus und die Reaktion zerschlagen und die Diktatur des Proletariats über die Ausbeuterklassen errichtet hatten.** Dieser Sieg wies den Weg zur Befreiung Chinas vom Joch der Feudalherren und der ausländischen Imperialisten.

Mitbegründer der Kommunistischen Partei Chinas

Am 1. Juli 1921 trafen sich Mao-Tsetung und zehn weitere chinesische Kommunisten als Vertreter der kommunistischen Gruppen in allen Teilen des Landes in Schanghai zum I. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas. Schon bald nach ihrer Gründung gelangte die KP Chinas zu großer Bedeutung im politischen Leben des Landes. **Auf ausdrücklichen Wunsch Dr. Sun Yatsens wurden Mitglieder der KP Chinas in die Kuomintang (Volkspartei) aufgenommen und bekleideten dort führende Ämter. Es begann die Periode der engen Aktionseinheit zwischen der KP Chinas und der Kuomintang. Während dieser Zeit leitete Mao Tsetung das Seminar für die Bauernbewegung in Guangdschou, wo er viele Kader als Rückgrat der Bauernbewegung ausbildete.**

Die Revolution gegen Imperialismus und Feudalismus, zu Anfang erfolgreich, erlitt einen Rückschlag, als die Kuomintang ins feindliche Lager hinüberwechselte und Tschiang Kai-schek im Juli 1927 nach einem Staatsstreich Zehntausende von Kommunisten, Arbeitern und Bauern niedermetzeln ließ, wobei auch Mao Tsetungs erste Frau, Yang Kai-hui, ermordet wurde.

Mao Tsetung hatte diese Entwicklung vorausgesehen. Er bekämpfte die rechtsopportunistische Linie von Tschen Du-hsiu, dem damaligen Generalsekretär der KP Chinas, der für die Einheit mit der Kuomintang um jeden Preis eintrat, die Bauernschaft aber außer Acht ließ, ohne die eine Revolution in China nicht möglich war. Tschen Du-hsiu und sein Anhänger Liu Schao-tschi befahlen sogar die Entwaffnung der Arbeiter und Bauern, sodaß die Massen nach dem Putsch Tschiang Kai-scheks dem Terror der Reaktion wehrlos ausgeliefert waren.

22 Jahre an der Spitze des bewaffneten Kampfes

Aus dieser Niederlage zog die KP Chinas ihre Lehren. Am 1. August 1927 organisierte sie zur Rettung der Revolution den Nantschang-Aufstand und bald darauf den Herbsternteaufstand. **Sie schuf die chinesische Rote Armee und errichtete ein revolutionäres Stützpunktgebiet im Djinggang-Gebirge, das sie ausweitete und zum chinesischen Sowjet-Gebiet zusammenfaßte, mit Mao Tsetung als Präsidenten.** Die Opportunisten in der Parteiführung waren damit nicht einverstanden. Sie stießen Mao Tsetung aus dem Politbüro aus und erst der VI. Parteitag der KP Chinas 1928 in Moskau befürwortete die Errichtung der Sowjetgebiete. **Gegen vier Einkreisungs- und Ausrottungsfeldzüge der Kuomintang errang die Rote Armee hervorragende Siege.** Im fünften wurde sie vom ZK zum Stellungskrieg und zu abenteuerlichen Angriffen auf große Städte gezwungen und erlitt eine Niederlage. Sie mußte den Langen Marsch von 12.500 km nach Schensi in Nordchina antreten.



Im Juni 1933 hielt Genosse Mao Tsetung auf der Delegiertenkonferenz der Verbände armer Bauern aus acht Kreisen von Südkiangsi und Westfukien eine Rede. Der revolutionären Linie des Genossen Mao Tsetung folgend, führte die Bevölkerung in den Stützpunktgebieten den Kampf um den Boden erfolgreich durch und unterstützte damit machtvoll den revolutionären Krieg.

Trotz seines Ausschlusses aus dem Politbüro und des verheerenden Einflusses der Opportunisten blieb Mao Tsetung der KP Chinas treu und verfocht konsequent die richtige Linie der Revolution (erst die Dörfer erobern, dann vom flachen Land aus die Städte) gegen das Abenteurertum und die Fluchtmentalität der Opportunisten.

In dem nun folgenden antijapanischen Krieg schloß die KP Chinas ein Bündnis mit Tschiang Kai-schek und wurde zur entscheidenden Kraft des Krieges. Die japanischen Eindringlinge wurden überall geschlagen, und die Rote Armee wuchs zu einer Streitmacht von über einer Million Soldaten an. **Als Tschiang Kai-schek nach dem Sieg über das imperialistische Japan in die roten Gebiete einfiel, wurde er zurückgeschlagen und im Volksbefreiungskrieg vom chinesischen Festland nach Taiwan verjagt. Am 1. Oktober 1949 rief Mao Tsetung feierlich die Volksrepublik China aus.**

Unter der Führung Mao Tsetungs schritt die KP Chinas zum siegreichen Aufbau des Sozialismus. 1956 waren die sozialistischen Produktionsverhältnisse in ganz China hergestellt, die Fabriken verstaatlicht und der Landbesitz in großen Volkskommunen zusammengefaßt, die ihre landwirtschaftlichen Produkte selber verarbeiten. Das ganze Land wurde elektrifiziert. Aber der Bestand des Sozialismus war damit noch nicht gesichert.

Führer im Kampf gegen den modernen Revisionismus

Unter dem Einfluß des Sowjetrevisionismus Chruschtschows entwickelte sich auch in China eine revisionistische Linie unter Liu Schao-Tschi, die eine neue Ausbeuterklasse in den Sattel heben wollte. Unter der Führung Mao Tsetungs widerlegte das ZK in der "Polemik zur Generallinie der kommunistischen Weltbewegung' die revisionistische Linie der KPdSU und zerschlug in der von Mao Tsetung persönlich geleiteten großen Proletarischen Kulturrevolution von 1966 die revisionistische Clique um Liu Schao-Tschi. Mao Tsetung machte deutlich, daß die Klassenwidersprüche im Sozialismus noch nicht vollständig beseitigt sind und daß die Revolution unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats weitergeführt werden muß.

In der Erklärung vom 20. Mai 1970 faßte Genosse Mao Tsetung die Entwicklung in der Welt unter anderem in folgenden Worten zusammen: ". .**Die Gefahr eines neuen Weltkrieges bleibt immer noch bestehen, und die Völker aller Länder müssen Vorbereitungen treffen. Aber die Haupttendenz in der heutigen Welt ist Revolution...**"

Diese Feststellung des Genossen Mao Tsetung hat sich bestätigt im Aufschwung der Befreiungskämpfe der unterdrückten Völker in der Welt, in der breiten Entfaltung des Klassenkampfes in den kapitalistischen und imperialistischen Ländern und im Zusammenschluß der kleinen Völker und Staaten gegen das Komplott der Supermächte, der USA und der sozialimperialistischen Sowjetunion.

Nach dem IX. Parteitag nahm die KP Chinas unter der Führung Mao Tsetung den Kampf gegen Lin Biao auf, der sich mit den sowjetischen Sozialimperialisten verbündet hatte und auf der Flucht zu ihnen bei einem Flugzeugabsturz ums Leben kam. Auf dem X. Parteitag festigte die KP Chinas die Errungenschaften des Sozialismus in China, entfernte die Clique um Lin Biao aus der Partei und zerschlug deren revisionistische Linie. Sie unterstrich die Notwendigkeit des Kampfes zweier Linien in der Partei, ohne den die richtige Linie sich nicht durchsetzen, der Sozilaismus nicht siegen kann.

Zu Mao Tsetungs 80. Geburtstag wünschen alle Kommunisten, Freiheitskämpfer und die unterdrücken Völker der Welt, daß er noch lange leben möge, um die VR China beim Aufbau des Sozialismus voranzuführen und das Proletariat und die unterdrückten Völker der Welt bei der proletarischen Revolution und im Befreiungskampf, bei der Zerschlagung des Imperialismus und Sozialimperialismus anzuleiten.



Vom Volk als Führer und Lehrer geliebt und geachtet: Mao Tsetung und Tschou en Lai mitten unter jugendlichen Kämpfern.

Parteibüros

München :
Thalkirchner Straße 19;

Bremen :
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70.

Kiel :
Reeperbahn 13, Tel.: 0431/ 74 762.

BESTELLSCHEIN

HIERMIT BESTELLE ICH: ROTER MORGEN
PROBENUMMER
ABONNEMENT
AB NUMMER........ .....

Bestellungen an:
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526

NAME, VORNAME ....
BERUF ....
POSTLEITZAHL, ORT ....
STRASSE ....
DATUM ....
UNTERSCHRIFT ....